

Betr.: TTIP ist gut für Bayern und Deutschland!

1 Die transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft („TTIP“) ist gut für
2 Bayern und Deutschland. Die Menschen in Deutschland genießen dank einer im
3 internationalen Wettbewerb hervorragend aufgestellten Wirtschaft einen im weltweiten
4 und im historischen Vergleich fast einzigartigen Wohlstand. Auch für die sozial
5 Benachteiligten erwirtschaften die Arbeitnehmer und die Unternehmer ein
6 Nationaleinkommen, das trotz vielerlei Diskussionen ein sehr leistungsfähiges soziales
7 Netz ermöglicht.

8

9 Die Freien Demokraten als Partei der sozialen Marktwirtschaft wollen, dass dieser
10 Wohlstand und der Sozialstaat auch in Zukunft und für unsere Kinder gesichert sind. Wir
11 bekennen uns daher zu einer Politik, die Unternehmen von Markterfolg und weiterem
12 wirtschaftlichen Wachstum nicht fernhält, sondern im Gegenteil Erfolgshemmnisse und
13 Wachstumshürden beseitigt, insbesondere um den Wettbewerb mit anderen schnell
14 wachsenden Wirtschaftsregionen der Welt etwa in Asien bestehen zu können.
15 Ein Element einer solchen erfolgs- und wachstumsfördernden Politik ist der Abbau
16 staatlicher Handelshemmnisse. Die Freien Demokraten bekennen sich deshalb
17 grundsätzlich zu einem möglichst freien Handel und zum Abschluss weiterer
18 Freihandelsabkommen. Diese grundsätzliche Zustimmung betrifft auch die derzeit
19 zwischen der Europäischen Union im Auftrag ihrer Mitgliedsstaaten einerseits und den
20 USA und Kanada andererseits ausgehandelten Freihandelsabkommen CETA und TTIP.
21 Dieses grundsätzliche Bekenntnis verkennet nicht, dass insbesondere das
22 Handelsabkommen mit den USA, dessen Verhandlungen mitten im Gange sind, wegen
23 seiner im Vergleich zu allen anderen schon bestehenden Freihandelsabkommen
24 überragenden Bedeutung besonders gründlich und sorgsam abgewogen werden muß.
25 Dass das Abkommen mittlerweile mit einer für internationale Verhandlungen
26 ungewöhnlichen Offenheit und Transparenz geführt wird, nachdem es anfänglich wie in
27 früheren Zeiten ohne nennenswerte öffentliche Beteiligung verhandelt wurde, begrüßen
28 wir Freie Demokraten ausdrücklich.

29

30 Nicht jedwede Kritik an dem Freihandelsabkommen TTIP ist unberechtigt, aber manche
31 Kritik folgt auch eher Mythen als Fakten. Bei vielen in die Kritik geratenen Punkten kommt
32 es sehr auf Detailfragen an.

33

34

35 Die FDP Bayern fordert daher:

36 **Mutig sein und das TTIP aktiv bewerben:** Der schlechte Ruf des TTIP in der
37 Öffentlichkeit ist vor allem ein beispielloses Kommunikationsversagen auf Seiten
38 der Bundesregierung und der Europäischen Kommission. Die Strategie, das
39 Abkommen leise im Hintergrund zu verhandeln, ist komplett misslungen. Damit

40 muss Schluss sein. Dass so viele Geistermeldungen und Mythen über TTIP in
41 der Welt unwidersprochen umherwabern (wie etwa „Schiedsgerichte hebeln
42 Parlamente aus“, „TTIP bringt nur der Großindustrie etwas“, „durch TTIP werden
43 Verbraucherstandards gesenkt“), ist primär Ausdruck dieses
44 Kommunikationsversagens der Europäischen Kommission und der
45 Bundesregierung auf ganzer Linie. „Angst frisst TTIP auf“ – das darf nicht mehr
46 sein.

47 **Die Vorteile liegen auf der Hand, sie müssen nur endlich (!) besser erklärt**
48 **werden:** Es ist eigentlich eine Binsenweisheit: Freier Handel sorgt für Frieden
49 und Wohlstand. Ein gemeinsamer Markt mit den USA nützt vor allem dem
50 Mittelstand: nicht nur Zölle, sondern vor allem auch Doppelentwicklungen und
51 -zulassungen werden abgeschafft, Standards anerkannt. Wir Europäer sollten
52 froh sein, wenn in Amerika endlich öffentliche Auftraggeber auch europäisch
53 einkaufen dürfen und nicht mehr nur das Prinzip „Buy American First“ gilt. Das
54 alles setzt deutliches Potential gerade im bayerischen und deutschen Mittelstand
55 frei. Ein größeres Angebot an Waren und Dienstleistungen erhöht auch den
56 Wettbewerb. Davon profitiert vor allen der Verbraucher über mehr
57 Wahlmöglichkeiten, niedrigere Preise und/oder bessere
58 Preis-Leistungs-Verhältnisse. Das muss die Bundesregierung und die
59 EU-Kommission endlich auch einmal sagen und eine breite
60 Informationskampagne über Internet, Printmedien und TV starten. Hier versagen
61 beide bislang kläglich.

62 **TTIP raus aus dem „Geheim-Image“ bringen und transparent machen:** Die FDP
63 Bayern fordert eine aktive Presse-Konferenz sowohl der Europäischen
64 Kommission als auch der Bundesregierung nach jeder Verhandlungsrunde, in der
65 alle Ergebnisse transparent und offen kommuniziert werden. Beide müssen
66 zudem eine eigene TTIP- Internetplattform live-schalten und administrieren, auf
67 der Punkte des TTIP direkt mit den Bürgerinnen und Bürgern diskutiert werden
68 können. Die bisherige Praxis, nur punktuell Positionen auf einer Internetseite
69 ohne aktivere Mitsprachemöglichkeit zu veröffentlichen, reicht nicht aus.

70 Soziale, ökologische und Verbraucherschutzstandards, vor allem zum Schutz der
71 Gesundheit der Verbraucher, sind besonders sensibel zu handhaben. Grundsätzlich bietet
72 TTIP die Chance, dass die hohen Standards in Europa und in Nordamerika weltweit
73 Maßstäbe setzen. Ein Scheitern von TTIP könnte hingegen dazu führen, dass in einem
74 derzeit ebenfalls zwischen den USA und China verhandelten Freihandelsabkommen
75 niedrigere Standards maßstabgebend würden, was aus Sicht deutscher Verbraucher nicht
76 wünschenswert sein kann. Dabei ist es aus Sicht der Freien Demokraten nicht Aufgabe
77 des Staates, den Verbrauchern Lebens- und Essgewohnheiten vorzuschreiben. Ob der
78 Verbraucher sich für ein gechlortes Hühnchen aus den USA oder ein mit Antibiotika
79 gefüttertes Hühnchen aus Deutschland entscheidet, ob er Lebensmittel aus gentechnisch
80 veränderten Pflanzen oder geklonten Tieren ablehnt oder für unbedenklich hält, kann
81 grundsätzlich dem Verbraucher überlassen bleiben, solange nicht derart schwere
82 Bedenken erhoben werden müssen, dass die Zulassung als Lebensmittel generell versagt
83 werden muss. Der Verbraucher muss allerdings über eine klare, eindeutige und
84 verständliche Deklaration die Chance erhalten, Lebensmittel, deren Herkunft oder
85 Erzeugungsart er aus welchen Gründen auch immer ablehnt, als solche zu erkennen und
86 zu meiden.

88 Die Kritik am Investorenschutz und der Einführung privater Schiedsgerichte teilen wir
89 Freie Demokraten teilweise. Wir wollen nicht, dass der Rechtsstaat, eine unserer
90 wertvollsten Errungenschaften, entkernt wird. Schiedsgerichte zur Regelung von
91 Streitigkeiten zwischen privaten Investoren und Staaten sind aber keine privaten
92 Geheimgerichte zur Umgehung einer ordentlichen Gerichtsbarkeit, sondern folgen
93 erprobten und bewährten Verfahrensregeln, wie etwa dem seit 1965 praktizierten ICSID-
94 Standard (International Centre for Settlement of Investment Disputes) der Weltbank in
95 Washington D. C. Bei diesen Verfahren benennt jede Partei einen Schiedsrichter, welche
96 sich dann wiederum auf einen von ihnen benannten dritten Schiedsrichter als
97 Vorsitzenden verständigen. Im Bedarfsfall können Experten hinzugezogen werden. Das
98 Bestehen derartiger Schiedsgerichte ist grundsätzlich als großer Fortschritt zur Beilegung
99 von Streitigkeiten privater Unternehmer gegen Staaten anzusehen, insbesondere wo es
100 um die Enteignung bzw. enteignungsgleiche oder enteignungsähnliche Eingriffe oder um
101 Zahlungsrückstände öffentlicher Auftraggeber geht, wenn private Investoren nicht darauf
102 hoffen dürfen, gegen einen Staat vor dessen nationalen Gerichten mit Erfolg vorgehen zu
103 können. Inwieweit zwischen den USA und den Mitgliedsstaaten der EU Fälle denkbar
104 sind, wo ein ausländisches Privatunternehmen nicht auch vor einem nationalen Gericht
105 des anderen Landes eine Chance auf ein faires Gerichtsverfahren hat, so dass eine
106 Schiedsgerichtsbarkeit als vernünftige Lösung erscheint, muss Gegenstand der
107 Verhandlungen zu TTIP sein. Ist eine funktionierende staatliche Gerichtsbarkeit
108 vorhanden, zu welcher der Rechtsweg eröffnet ist und die Chance auf ein faires Verfahren
109 besteht, ist ein Schiedsverfahren nicht unbedingt vorzuziehen, zumal regelmäßig
110 Probleme mit der Vollstreckung von Schiedssprüchen auftreten und gegen
111 Schiedssprüche üblicherweise keine Korrekturmöglichkeit in einer zweiten Instanz
112 besteht.

113

114 Bei den häufig kritisierten Marktzugangsregeln schließlich entsteht der Eindruck, dass
115 Kommunen verpflichtet sein könnten, Einrichtungen der kommunalen Daseinsvorsorge
116 wie etwa die Trinkwasserversorgung zu privatisieren. Ein derartiger Privatisierungszwang
117 würde die Freiheit der Menschen verletzen, selbst zu entscheiden, in welcher Form
118 bestimmte Leistungen erbracht werden sollen, ob öffentlich oder privat.
119 Marktzugangsregeln werden von uns aber dann grundsätzlich positiv bewertet, wenn in
120 ihnen verlangt wird, dass im Falle einer Privatisierung diese fairen Regeln in der Form
121 eines transparenten Ausschreibungsverfahrens unterliegen muss, um Vettern- und
122 Günstlingswirtschaft zu verhindern. Die öffentliche Daseinsvorsorge bleibt davon ohnehin
123 unberührt und bleibt bestehen.

